

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 1

Artikel: Ueber ostdeutsche Schulreform
Autor: H.K. / V.G.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336175>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ueber ostdeutsche Schulreform

In einem früheren Heft der «Roten Revue» (November 1948) hat der Verfasser dieses Aufsatzes, ein in Hamburg tätiger sozialdemokratischer Lehrer, die Entwicklung des westdeutschen Schulwesens geschildert. Nun ergreift er, auf Grund persönlich gewonnener Eindrücke, über die Schulreform der ostdeutschen Zone das Wort. Es wäre interessant, seine Darstellung an Hand authentischen Materials nachprüfen zu können, und wir möchten daher die Frage aufwerfen, ob es nicht möglich wäre, in der Schweiz — beispielsweise im Zürcher Pestalozzianum — eine vergleichende Ausstellung von Lehrmitteln und pädagogischen Zeitschriften aus dem Westen und dem Osten Deutschlands zu veranstalten.

V. G.

Die sowjetische Besatzungszone leidet wie das übrige Deutschland unter den Folgen des Hitlerkrieges, hat Reparationen zu leisten und sich mit einer fremden Besatzungsmacht abzufinden. Auch ihr fehlt es an zuverlässigen Fachleuten und materiellen Möglichkeiten. Aber — mögen ihre Menschen auch zeitweise weniger zu essen haben als die im Westen — durch ihre Kulturpolitik geht ein großer fortschrittlicher und sozialistischer Zug. Wer in den letzten Jahren als Fachmann unvoreingenommen durch die russische Zone gereist ist, muß das Urteil von Dr. Fr. Lachenal, Genf, unterstreichen, der im «*Gymnasium Helveticum*» (Märzheft 1947) von der «Schulreform in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands» feststellt, daß «sie zweifellos eine der erfreulichsten Verwirklichungen der demokratischen Bewegung des neuen Deutschland darstellt». Er kann auch nur vollinhaltlich den weiteren Ausführungen des Autors über die durch das «Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule in den Ländern der sowjetisch besetzten Zone» vom Jahre 1946 eingeleitete Schaffung und weitgehende Verwirklichung der Einheitsschule zustimmen: «Es ist wichtig, zu betonen, daß diese Lehrpläne keinesfalls das Werk von Russen oder von Deutschen sind, die sie fertig aus Moskau mitgebracht haben sollen. Sie sind im Gegenteil das Ergebnis eingehender Beratungen *deutscher Sachverständiger in Deutschland*, die sie dem kleinen Generalstab sowjetrussischer ‚Bildungsoffiziere‘ in Berlin erst nach ihrer Vollendung vorgelegt haben. Das ist typisch für die Russen. Sie glauben nicht an die ‚Umerziehung‘ des deutschen Volkes von außen und auf jeden Fall nicht durch die Besatzungstruppen. Nach ihrer Ansicht kann man nur die besten deutschen Kräfte gut auswählen und ermutigen und ihnen die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. An den Deutschen ist es dann, in ihrer Vergangenheit eine demokratische Tradition zu finden und in ihrem Volke die Jugend, die für aufbauende Initiative empfänglich ist.»

Auf dem zweiten Pädagogischen Kongreß in Leipzig im September 1947 dankte der Präsident der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der Ostzone, Paul Wandel, zunächst den Lehrern und Freunden der neuen Schule, dann aber auch der Besetzungsmacht für ihre Hilfeleistung mit folgenden Worten:

«Wenn wir von Dank sprechen, so denken wir nicht aus äußerer Höflichkeit, sondern aus innerster Überzeugung vor allem an die Beauftragten der sowjetischen Militärverwaltung. Sie waren uns aufrichtigste Helfer und Freunde. Mehr noch, ich erkläre hier in Kenntnis aller Einzelheiten und in voller Verantwortung für jedes meiner Worte: Es gab in der ganzen Geschichte Deutschlands kaum eine Regierung, die soviel Verständnis für die kulturellen Belange unseres Volkes, für die Aufwendungen zum Aus- und Aufbau der Schule hatte wie die verantwortlichen Organe der sowjetischen Militärverwaltung... Mit Genehmigung und Unterstützung der SMA (Sowjetische Militär-Administration) werden heute von staatlicher Seite in der sowjetischen Besetzungszone *zehnmal soviel Stipendien* zur Förderung begabter Söhne und Töchter unseres Volkes aufgewendet wie in der Weimarer Republik, unterrichten in unsern Schulen fast 20 000 Lehrer mehr als im Jahre 1938, wurde die hochschulmäßige Ausbildung der Lehrer eingeführt und werden in sechs Fakultäten der Universitäten Lehrer ausgebildet, von denen 75 Prozent nicht nur Schulgeldfreiheit, sondern ansehnliche monatliche Stipendien erhalten. Auf Befehl eines sowjetischen Marschalls wurden den Lehrern als erster Kategorie der Berufstätigen die Gehälter erhöht und eine bevorzugte materielle Versorgung ausgesprochen. Es ist möglich, daß solche Feststellungen den neuen Wortführern der alten antisowjetischen Hetze nicht gefallen. Sie müssen mir verzeihen, daß ich ihrem Bedürfnis zuliebe nicht die Wahrheit entstellen kann.»

Ministerialpräsident Joh. Lindner vom sächsischen Volksbildungsministerium in Dresden schrieb kürzlich in einem Privatbrief:

«Wenn unser freundlicher, tüchtiger Oberstleutnant Solowjow – nie in Uniform – zu uns ins Ministerium kommt, immer voller Verständniswillen, aber oft auch, weil er zum Beispiel in einem Dorfe bei Chemnitz einen Schaden entdeckt hat, dann freue ich mich immer. Die meist drei- und mehrstündigen Besprechungen kosten mich zwar Arbeitszeit, sind aber stets Gewinn – wie ich denke – für beide Teile.»

Wer die kulturelle Lage der Ostzone aus eigener Anschauung kennt und womöglich auch in gewisser Beziehung ähnlich gelagerten Verhältnisse in der Sowjetzone während der Notjahre nach dem ersten Weltkrieg, als unter großen Opfern der Bevölkerung für die Kinder und die Volksbildung unendlich viel mehr getan wurde als je in den besten Friedensjahren im zaristischen System, der weiß, daß es sich bei den obigen Ausführungen weder um russische Propaganda noch um deutsche Servilität handelt, sondern um Tatsachenschilderung und ehrliche Überzeugung.

Die Organisation der *Einheitsschule* in der Sowjetzone, ihr Bildungsgut und ihre Methoden entsprechen dem Geist der großen Pädagogen Comenius und Pestalozzi und den Forderungen der besten Lehrer Deutschlands seit

150 Jahren. Der Bericht der amerikanischen Erziehungskommission, der auf Seite 27 für ihre Besetzungszone verlangt, daß sich die Auffassung durchsetzen müsse, daß die Schule ein Hauptfaktor für die Demokratisierung Deutschlands ist, hätte in der Ostzone nur feststellen können, daß die dortigen Schulen bereits diese Demokratisierung tatkräftig durchgeführt haben. Wenn der amerikanische Bericht fortfährt: «Sehr früh, tatsächlich schon am Schluß des vierten Schuljahres, zerfiel die Schule bisher in zwei Teile: in einen für die 5 und oder 10 Prozent der geistig, sozial und wirtschaftlich Begünstigten, die zur höheren Schule, zur Hochschule und in die höheren Berufe übergingen, und in einen andern für die Gruppe derer, die weitere vier Jahre die schulgeldfreie Grundschule und drei oder mehr Jahre die Berufsschule besuchten. Schon im Alter von zehn Jahren oder früher sieht sich ein Kind eingruppiert oder klassifiziert durch Faktoren, auf die es keinen Einfluß hat, wobei diese Einstufung fast unvermeidlich seine Stellung für das ganze Leben bestimmt. Dieses System hat bei einer kleinen Gruppe eine überlegene Haltung und bei der Mehrzahl der Deutschen ein *Minderwertigkeitsgefühl* entwickelt, das jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das *autoritäre Führerprinzip* gedieh» – so könnte er in der Sowjetzone auch nur wieder konstatieren, daß dieser verhängnisvolle Dualismus durch die Schaffung der sich auf einer für alle gemeinsamen achtjährigen Grundstufe aufbauenden *Einheitsschule* restlos beseitigt ist. Doch nicht davon soll hier die Rede sein, obwohl auch die Schweiz, Pestalozzis Heimatland, die demokratische Schulreform der deutschen Ostzone nach Organisation und Wesen genau studieren sollte. Nur der Geist, der den Präsidenten Wandel und seine deutschen Mitarbeiter beseelt, sei mit seinen eigenen Worten noch charakterisiert: «Dieses erneuerte Deutschland kann nur auf einer neuen politischen und sozialen Grundlage erstehen. Es wird aber nur vollendet werden und Bestand haben, wenn es auch neue deutsche Menschen formen und tragen werden: *gute* Menschen, die anständig, hilfsbereit, edel und tolerant gegen die Bürger des eigenen Volkes und der andern Nationen sind; *wissende* Menschen, die Einblick haben in die Gesetze der Natur und der menschlichen Gesellschaft; *handelnde* Menschen, die selbstbewußt und verantwortungsfreudig in brüderlicher Gemeinschaft mit ihrem Volke und der Menschheit ein Leben in Frieden, Freundschaft und sozialer Gerechtigkeit gestalten, die nicht nur die Freiheit, die Menschlichkeit, den Frieden und den Fortschritt lieben, sondern auch bereit sind, für sie zu streiten.»

Anfang September resignierte einer der führenden Schulreformer der Westzonen, der niedersächsische Kultusminister Dr. Adolf Grimme, vor den ihm hier unüberwindlich erscheinenden Schwierigkeiten, die sich einer durch-

greifenden demokratischen Schulreform entgegenstellen. Die britisch lizenzierte Zeitung «Die Welt» schrieb am 9. September 1948 zum Ausscheiden Grimmes aus dem Kultusministerium in Hannover unter anderm: «Es müssen schwerwiegende Gründe gewesen sein, die ihn bestimmt haben, jetzt zum Rundfunk zu gehen. Wer aber weiß, wie aussichtslos, vor allem seit der Währungsreform, die Erfüllung der Aufgaben ist, die Adolf Grimme sich als Kultusminister gestellt hat, der wird seinen Schritt verstehen. Seinem Kampf für Schulgeldfreiheit, für eine Herabsetzung der Klassenfrequenz, für pädagogische Reformen der verschiedensten Art, für umfassende Maßnahmen auf dem Gebiete der Jugendhilfe kann vorläufig kein Erfolg beschieden sein. Überall hemmt der Mangel an finanziellen Mitteln. Immer wieder zeigt sich das Bestreben, vor allem zu Lasten der Kulturpolitik zu sparen. Immer wieder ergeben sich Widerstände aus der politischen Konstellation der Gegenwart . . .» Dieser wohlüberlegt herbeigeführte «Mangel an finanziellen Mitteln» für Kultur- und Erziehungszwecke in den Westzonen macht die besten pädagogischen und sozialpolitischen Absichten fortschrittlicher Kreise zuschanden.

Demgegenüber ist die sowjetische Besatzungszone mit ihrer grundsätzlich höheren Einstufung von Erziehung und Kultur in der Hierarchie der Werte in dieser Beziehung die einzige sozialistische Oase in der geistigen Öde des nachhitlerischen deutschen Schulwesens. Die folgenden Angaben stammen aus eigener Beobachtung und Berechnungen nach westdeutschen und englisch-amerikanischen Quellen, die im großen und ganzen die offiziellen Mitteilungen der Ostzone bestätigen. Noch einmal sei die Tatsache unterstrichen, daß auch die russische Zone Deutschlands den Krieg verloren hat und starke Zerstörungen aufweist. Sie hat drückende Wiedergutmachungszahlungen zu leisten und ist auch keineswegs reicher oder in ihrer Wirtschaft ausgeglichener als die Westzonen. Ihre Ernährungsbasis ist nicht breiter als die des deutschen Westens, da die reichen agrarischen Überschußgebiete Ostdeutschlands an Polen abgetreten werden mußten, was bei den üblichen, die Ostzone diffamierenden Vergleichen gern übersehen wird. Trotzdem weisen ihre *Volksbildungsetats*, die Grundlage jeder ernsthaften Schulreform, Summen auf, die selbst in der Weimarer Republik als phantastisch hoch empfunden worden wären.

Pro Kopf der Bevölkerung gaben für Kulturzwecke aus: Preußen im Jahre 1932: 16.60 RM, 1938: 17.30 RM; Nordrhein-Westfalen (britische Zone) 1946 knapp 20 RM, die sowjetische Besatzungszone dagegen 29.60 RM, 1947: 42.90 RM (Nordrhein-Westfalen nur knapp 21 RM!). Für 1948 ist eine weitere Erhöhung auf rund 50 RM pro Kopf geplant, das heißt auf fast eine Milliarde Reichsmark für die gesamte Ostzone! Die *Stipendiumsumme* stieg in Preußen von 207 000 RM im Jahre 1910 auf 240 000 RM im Jahre 1931 und ging 1935 auf 235 000 RM zurück. Pro Kopf der Bevölkerung um-

gerechnet, stagnierten die Ausgaben für diesen Zweck bei 0,6 Reichspfennigen! Die Ostzone stellte dagegen 1948 mehr als 15,5 Millionen Reichsmark für Stipendien zur Verfügung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Preußen mit 294 000 Quadratkilometern und rund 40 Millionen Einwohnern weit über die doppelte Größe der Ostzone mit ihren 120 000 Quadratkilometern und 17 Millionen Einwohnern aufwies, daß danach das Verhältnis sich wie 145:1 zugunsten der Ostzone gestaltet, das heißt 87 Reichspfennige auf den Kopf der Bevölkerung für Stipendien vom Staat ausgegeben werden! In dem verhältnismäßig armen Industrieland Sachsen stiegen die kulturellen Ausgaben von 47 Millionen Reichsmark 1916 auf 107 Millionen Reichsmark 1925 und 112 Millionen Reichsmark 1938, nach dem Zusammenbruch des Nazireiches dagegen auf 202 Millionen Reichsmark 1947 und 218 Millionen im Jahre 1948 (davon allein für Erziehung und Unterricht 198 Millionen). Hier hat man den Sinn von Thomas Jeffersons Wort «Erziehung ist das Lebensblut der Demokratie» begriffen und handelt danach.

Bekanntlich sind nicht die reichen Schichten die bildungsfreudigsten, auch nicht im internationalen Maßstab; die wirtschaftlich mächtigen USA geben 1,5 Prozent ihres Volkseinkommens für Erziehungszwecke aus, England 3 Prozent, Rußland 7 Prozent (nach «Geist und Tat», 1947, 6), und *die Ostzone verfügt über weit mehr als doppelt soviel Mittel für die Schule als die «marshallbegünstigten» Westzonen*. Die Auswirkungen dieser unterschiedlichen Dotierung sind denn auch augenfällig: In der russischen Zone entfällt (bei sinkender Tendenz) auf durchschnittlich 38 Schüler ein Lehrer, in der britischen (bei steigender Tendenz) erst auf 89. Das östliche Land Brandenburg drückte die durchschnittliche Klassenfrequenz 1946/47 trotz einem Zuwachs von 23 000 Umsiedlerkindern von 42 auf 40 und will nach Ausbildung weiterer 1600 Lehrer im nächsten Jahre auf 35 Kinder pro Klasse kommen. Das westliche Land Niedersachsen konnte ein weiteres Ansteigen der durchschnittlichen Frequenz auf über 50 hinaus nicht verhindern. Die Grundschulen der östlichen Großstadt Leipzig unterrichteten 1947 in einer Klasse durchschnittlich 35 Schüler (ein Lehrer für 30,3 Schüler), die westliche Großstadt Hamburg weist für die Volksschulen als entsprechende Ziffern für das gleiche Jahr 42, bzw. 37,3 auf.

In der Sowjetzone wurden am 15. Juli 1946 die *Lehrergehälter* beträchtlich erhöht (Befehl 220 der SMA) und liegen damit für die Grundschulen nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge um 900 bis 1400 DM jährlich höher als die Volksschullehrergehälter in Hamburg (das in der britischen Zone die höchsten Gehälter bezahlt). Das Gehalt eines Berufsschullehrers der Ostzone übersteigt jährlich das Gehalt seines Hamburger Kollegen um 700 bis 940 DM, während die Gehälter der Oberschul(Gymnasial)lehrer in beiden Zonen gleich sind. Nach dem außerordentlichen Befehl der sowjetischen Militärverwaltung werden die Lehrer außerdem mit Nahrung, Kleidung,

Wohnung, Gartenland usw. bevorzugt versorgt. Für diese wirksame materielle Aufbesserung ihrer Lage hat die Lehrerschaft der Ostzone allerdings ihre Beamteneigenschaft eingebüßt, die die Pädagogen der Schweiz und anderer Länder meines Wissens nie gehabt haben. Doch das Ansehen der ostdeutschen Lehrer ist, ihrer Bedeutung für den demokratischen Aufbau entsprechend und sehr im Gegensatz zum Westen, in den Augen der Öffentlichkeit in jeder Beziehung gehoben worden. Durch ihre gewerkschaftliche Betätigung ist es der Lehrerschaft in der Ostzone auch gelungen, vom arbeitenden Volke die Zustimmung dazu zu erhalten, daß ihr als erster Berufsgruppe die erwähnte gehaltliche Besserstellung bewilligt wurde. Diese Tatsache ist zugleich ein *Vertrauensbeweis* der demokratischen Kräfte gegenüber dem völlig erneuerten Lehrerstand; denn die sowjetische Besatzungszone hat im Schulwesen, im Gegensatz zu den Westzonen, eine *wirkliche Entnazifizierung* konsequent durchgeführt. Dabei ist es gewiß nicht ohne Härten abgegangen. Aber «maßgebend war dabei die Entschlossenheit, den Fehler der Weimarer Republik nicht zu wiederholen, die wie im gesamten Staatsapparat, so auch in der Schule die antidemokratischen Kräfte in ihren Stellungen belassen hatte, zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden unseres Volkes. Da die Jugend-erziehung von besonderer Bedeutung für unser Volk und ihr Erfolg fast ausschließlich von der Persönlichkeit des Lehrers abhängig ist, mußte für die Auswahl der Lehrer, die künftig in der Schule zu beschäftigen sind, ein besonders strenger Maßstab angelegt werden. Daher wurden im Schuljahr 1945/46 alle ehemaligen aktiven Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen aus dem Schuldienst entlassen, im vergangenen Schuljahr (1946/47) die Mehrzahl aller früheren Mitglieder der NSDAP und ihrer Gliederungen. Diese entlassenen Lehrer wurden durch solche Lehrkräfte, die eine demokratische Erziehung der Jugend verbürgen, ersetzt». (Bericht der Schulabteilung der Deutschen Verwaltung für Volksbildung in der sowjetischen Besatzungszone für den Pädagogischen Kongreß in Leipzig 1947, S. 23 f.) Allein die Stadt Leipzig entließ im Jahre 1945 aus politischen Gründen 1439 Lehrer aller Schulen und bildete zu ihrem Ersatz in kurzfristigen Lehrgängen bis 1947 über 1700 Neulehrer aus. In der gesamten Ostzone fehlten für einen normalen Schulbetrieb nach diesem politischen Reinigungsprozeß, der 22 600 ehemalige Mitglieder der Nazipartei aus dem Schuldienst entfernte, und durch die Kriegsverluste fast 40 000 Lehrkräfte. Das Durchschnittsalter der im Amte Verbliebenen wurde dadurch auf 52 Jahre erhöht! Der *Zustrom von 43 000 Neulehrern bis Sommer 1947* und weiterer 12 000 seither verbesserte die altersmäßige Zusammensetzung des Lehrkörpers beträchtlich: 64,4 Prozent aller Lehrer sind jetzt unter 35 Jahren alt, nur 11,9 Prozent über 55

Jahre. Diese Übernahme zunächst nicht oder nur ungenügend ausgebildeter Neulehrer wurde auch von den Behörden der östlichen Besetzungszone als ein gewagtes Experiment angesehen. Doch «es war zu entscheiden, ob man die antidemokratischen, aber ausgebildeten Lehrer in der Hoffnung auf ihre allmähliche innere Wandlung in großer Zahl im Dienst belassen oder sie durch demokratische, in kurzfristigen Lehrgängen zunächst behelfsmäßig auszubildende Kräfte ersetzen sollte. Die Entscheidung für den ersten Weg hätte für den Augenblick fachliche Schwierigkeiten für die Durchführung des Unterrichts vermieden, sich jedoch – wie der Fehler von 1918 – für die weitere demokratische Entwicklung der Schule und des öffentlichen Lebens verhängnisvoll ausgewirkt. So wurde die Entscheidung für den zweiten Weg getroffen. Zeitlich begrenzte fachliche Schwierigkeiten für die Durchführung des Unterrichts wurden in Kauf genommen, um eine demokratische Entwicklung der Schule und des nationalen Lebens für die Zukunft zu sichern... Wenn dabei eine große Anzahl junger Menschen aus den werktätigen Schichten unseres Volkes zum Schuldienst herangezogen wurde, so geschah dies nicht nur, um ein soziales Unrecht wieder gutzumachen, sondern auch deshalb, weil in der demokratischen Umgestaltung der sozialen Struktur unserer Lehrerschaft die Gewähr für eine sich folgerichtig entwickelnde Demokratisierung unseres Schulwesens erblickt wird. Aus denselben Gründen wurde auch die Einstellung weiblicher Lehrkräfte in den Schuldienst gefördert».

(A. a. O. S. 24/25.)

Nach Meinung der Ostzonenbehörden und Berichten kompetenter Beobachter aus dem Westen ist der Versuch der radikalen Erneuerung des Lehrstandes und der Schulverwaltung im ganzen geglückt. Zunächst mangelndes Wissen wurde von den Neulehrern durch Arbeitsfreude, Berufsbegeisterung und jugendliche Frische ausgeglichen, so daß zum Beispiel von den 1700 Leipziger Neulehrern nur 114 aus pädagogischen, wissenschaftlichen oder politischen Gründen wieder ausscheiden mußten. Die Gesamtzahl der Lehrer beträgt in der Sowjetzone für knapp 3 Millionen Schüler jetzt 76 000 gegen 43 000 in der britischen Zone für etwa 3,8 Millionen Schüler. Neben der Notlehrerausbildung, deren Kurse im Schuljahr 1948/49 abgeschlossen werden sollen, erfaßt die *normale Lehrerausbildung* in der östlichen Besetzungszone, die durch mindestens sechssemestriges Universitätsstudium an den pädagogischen Fakultäten (für die Berufsschullehrer an der Technischen Hochschule in Dresden) erfolgt, einen immer größeren Teil des pädagogischen Nachwuchses. Durch eine systematische wissenschaftliche und methodische Weiterbildung der Neulehrer sollen diese allmählich auf einen Leistungsstand gehoben werden, der dem der Altlehrer von 1933 mindestens gleichkommt. In Zukunft

sollen seminaristisch gebildete Altlehrer, akademisch und nichtakademisch gebildete Neulehrer zu einer innerlich geschlossenen Lehrerschaft zusammenwachsen. Wie vor Hitler nimmt sich auch jetzt wieder die Lehrgewerkschaft besonders der *beruflichen Fortbildung* ihrer Mitglieder an. Arbeitsgemeinschaften, Kurse, Hochschulveranstaltungen, Herausgabe von Fernunterrichtsbriefen, Zeitschriften und wertvoller pädagogischer Literatur usw. helfen, das Ziel des einheitlichen, hochqualifizierten Lehrerstandes zu erreichen. Da auch das *Arbeiterstudium* in der Ostzone durch soziale Vergünstigungen und Vorbereitungslehrgänge für das Hochschulstudium (sogenannte «Vorstudienanstalten») großzügig gefördert wird, ändert sich allmählich die gesellschaftliche Zusammensetzung der Studentenschaft. In diesen Anstalten werden in zwei- bis viersemestrigen Kursen Menschen, die vorwiegend nur Volksschulbildung haben, zum Besuch der Hochschulen und der Fachschulen vorbereitet. Im Sommersemester 1947 erfaßten sie rund 3100 Hörer und haben bei sehr ernsten Prüfungen (wovon sich der Verfasser dieses Berichtes an der Leipziger Ferdinand-Lassalle-Schule überzeugen konnte) ihren hohen Wert bewiesen. Im Wintersemester 1947/48 befanden sich unter den Studenten der sowjetischen Besetzungszone infolgedessen bereits durchschnittlich 25 Prozent Bauern- und Arbeiterkinder, an der Universität Jena zum Beispiel 29 Prozent gegenüber 1,5 bis 3 Prozent an den Universitäten der Westzonen. Der Prozentsatz der «werktätigen Elemente» unter den Studierenden der Universität Leipzig stieg zur selben Zeit sogar auf 48,3, das heißt auf fast das Zwanzigfache ihres Anteils von vor 1945. Regierung, Gewerkschaften und Betriebe finanzieren das Arbeiterstudium mit Millionensummen, so daß die Stipendien und Unterhaltsbeihilfen von Jahr zu Jahr weiter erhöht werden konnten. Allein im Lande Sachsen waren 1947 über 3 Millionen RM nur an *staatlichen* Stipendien bereitgestellt (gegenüber 73 000 RM im Jahre 1938, 217 000 RM im Jahre 1925 und 24 000 RM im Jahre 1916!)

Die *innere* Reform der Hochschulen ist allerdings auch in der Ostzone erst in den Anfängen. Gegenüber den westdeutschen Universitäten mit ihrem hohen Anteil ehemaliger Hitleroffiziere unter den Studierenden (durchschnittlich ein Drittel!), ihren antidemokratischen, reaktionären oder weltfremd-«unpolitischen» Professoren sind die Hochschulen der russischen Zone jedoch immerhin auf dem besten Wege, in ein demokratisches Volksbildungswesen organisch eingefügt zu werden.

Der Unterschied zu den Westzonen wird am deutlichsten in der *Schulbuch- und Lehrmittelproduktion*. Auch dem oberflächlichen Betrachter aus dem Westen fiel in der Ostzone schon bald nach dem Zusammenbruch des Nazireiches der relative Reichtum an guten Büchern und Zeitschriften auf, die

man in den Buchhandlungen zu annähernd den Vorkriegspreisen und in soliden Ausstattungen wirklich kaufen konnte, da im Westen an Derartiges noch nicht im entferntesten auch nur zu denken war. Als in den bildungsfreundlichsten Großstädten Westdeutschlands kaum ein Schreibheft weder ein neues Lehrbuch noch ein Atlas in den Schulen zu finden waren, lief die Schulbuch- und Landkartenproduktion der Ostzone bereits auf Hochtouren. Unmittelbar nach der Wiedereröffnung der Schulen im Oktober 1945 begann die Vorarbeit für den Druck neuer Lehrbücher. In den ersten Monaten wurden dafür 152 Manuskripte gründlich überarbeitet oder neu verfaßt.

Bis zum Sommer 1947 – in knapp zwei Jahren – gelangten über 20 Millionen neue Schulbücher in die Hand der Kinder, das heißt durchschnittlich etwa sieben Bücher je Schüler; hinzu kamen bis zum Herbst Hunderttausende von Landkarten, über zwei Millionen Atlanten, viele Millionen Schreibhefte mit vier- bis achtseitigem Bildumschlag (zum Beispiel über Bäume und Holzarten, Feldblumen, Bauernhaustypen, Gesundheitspflege von klein auf, wie helfen wir unserer Mutter?, über Zeitmessung usw.), fünf Millionen Umrißkarten mit 700 000 Sammelmappen für die Zusammenstellung eines selbsterarbeiteten Atlases, zum Beispiel wirtschaftlichen oder klimatologischen Inhalts, Hunderttausende Alphabetblätter und Rechentäfelchen nebst zwei Millionen Zählmarken für den Elementarunterricht, Werk- und Schaubogen für die Selbstherstellung wertvollen Anschauungsmaterials im Bastelunterricht, außerdem aber auch Zehntausende großer Schulwandkarten, Anschauungstafeln und Bildmappen zur Erdkunde, Menschen-, Tier- und Pflanzenkunde usw. Es würde zu weit führen, alle Verlagsproduktionen, Unterrichtsfilme, Schallplatten und sonstigen Lehrmittel hier aufzuzählen. Erwähnt werden müssen jedoch noch die «Sammelbücherei» und die Jugendzeitschriften. Die Sammelbücherei ist ein ganz ähnliches Unternehmen wie das «Schweizerische Jugendschriftenwerk». Bis Sommer 1947 waren schon etwa 150 Hefte in 20 Serien erschienen. Geplant waren einige hundert weitere Hefte zu je 32 Seiten. Die Serie «Märchen, Sagen und Geschichten» enthält zum Beispiel Märchen von Andersen, den Brüdern Grimm, von Hauff, Möricke, Storm, aus 1001 Nacht und von andern Völkern. Die Serie «Aus guten Büchern» bringt Erzählungen von Heinrich Mann, Konstantin Paustowski, I. S. Turgenjew, Claude Tillier, Marc Twain, Gottfried Keller, Adalbert Stifter, R. L. Stevenson, Henri Barbusse, Friedrich Hebbel, Maxim Gorki, Paul Heyse, Franz Grillparzer, Theodor Storm, N. Leskow, B. Traven, W. Kawerin, Roald Amundsen und andere. Weitere Serien tragen Titel wie «Sehen, Bilden, Werken», «Fahrten und Abenteuer», «Menschen und Tiere», «Im Dienste der Menschheit», «Länder, Meere und Gestirne», «Lebensschicksale», «Singen, Hören, Musizieren», «Bilder und Bauten», «Für die gerechte Sache», «Die Welt der Arbeit», «Welt und Zeitgeschehen», «Weltweisheit», «Spiel, Sport und Gesundheit», «Unsere Heimat», «Natur und Wissen», «Technik und Versuch» usw. Jedes Heft hat einen bunten Kartonumschlag, ist illustriert und kostete bereits vor der Währungs-«Reform» nur 30 Pfennige. Die Jugendzeitschriften erscheinen einmal monatlich als «ABC-Zeitung» für die jüngsten Leser und als «Schulpost» für die Großen zweimal im Monat zum Preise von 25 Pfennigen je Heft, in einer Auflage von 600 000, sind farbig reich bebildert (teilweise von den Kindern selbst) und bringen Märchen aus aller Welt, Erzählungen, Gedichte, Spiele, Rätsel, lebendige Aufsätze belehrenden Inhalts, Berichte und andere Arbeiten von Kindern, Anleitungen zu Bastelarbeiten usw.

Der große offizielle Schulbücherverlag für die Ostzone ist der 1945 neu

entstandene Verlag *«Volk und Wissen»* in Berlin und Leipzig. Seine Leistung in dieser Zeit ist erstaunlich. Der Prospekt des Hauses umfaßt zwischen Fibel und Plato in der Ursprache, zwischen Kinderliederbuch und Arbeitsheft über den japanischen Imperialismus eine imponierende Fülle geistigen Gutes für Schüler und Lehrer. Der Pädagoge aus der Westzone wandelt voll Neid und Hochachtung durch die Expeditions- und Ausstellungsräume des Verlages und glaubt inmitten der herrlichen Wandkarten in friedensmäßiger Qualität, der Globen, Wandbilder, Apparate, Bücher und Zeitschriften in reicher Auswahl zu träumen. Die Kollegen im Osten aber klagen, was ihnen alles noch fehlt! Mit lebhafter Kritik nehmen sie jedoch an der Buchproduktion Anteil und sorgen auf diese Weise für eine dauernde Verbesserung ihres inneren Wertes. Von den pädagogischen Zeitschriften des Verlages *«Volk und Wissen»* seien genannt die lebendige, gewerkschaftlich-schulpraktische *«Neue Schule»* (Auflage etwa 100 000), die sich besonders um die Fortbildung der Neulehrer sehr verdient macht, 14tägig erscheint und auch in den Westzonen viel gelesen wird; die *«Pädagogik»* (Beiträge zur Erziehungswissenschaft, Auflage 30 000), welche besonders die theoretischen Grundfragen der Erziehung und des Unterrichts behandelt; die *«Berufsbildung»* (Auflage 30 000), welche sich vorwiegend an die Berufs- und Fachschullehrer, Ausbildungsleiter der Betriebe und Berufsberater wendet; die Studentenzeitschrift *«Forum»* (Auflage ebenfalls 30 000) zur Erörterung der Hochschulprobleme; *«Die Volkshochschule»* für Fragen der Erwachsenenbildung; *«Funk und Schule»*; *«Sozialerziehung»*. An Schriften zur Lehrerbildung sind vor allem die billigen, von bekannten Methodikern und Schulpraktikern verfaßten Hefte der Reihe *«Lernen und Lehren»* zu erwähnen, dazu Neuauflagen pädagogischer Klassiker (bisher Comenius, Pestalozzi, Salzmann, Hildebrand), die *«Philosophische Reihe»*, die mathematischen Lehrhefte, die Hochschulbücher und weitere Einzelercheinungen, darunter auch Übersetzungen wissenschaftlicher Werke der russischen Pädagogik und Psychologie, die bisher in Deutschland so gut wie unbekannt sind. Der Verlag *«Volk und Wissen»* gibt außerdem die Unterrichtsbriefe der Deutschen Fernschule in Leipzig heraus. Er ist zwar der größte, aber nicht der einzige pädagogische Verlag der Ostzone. Obwohl nach einem Befehl Marschall Schukows aus dem Jahre 1945 zuerst und zunächst Schulbücher herzustellen waren, ist doch jetzt auch die übrige Buchproduktion überaus rege und vielseitig und beschränkt sich keineswegs, wie oft böswillig außerhalb der Ostzone versichert wird, auf russische und marxistische Literatur.

Der Westen Deutschlands hat auf schulisch-kulturellem Gebiet noch immer auch nicht annähernd Gleichwertiges aufzuweisen, wodurch die Diskrepanz

zwischen Ost- und Westdeutschland so groß geworden ist, daß man – besonders unter dem Einfluß der jüngsten weltpolitischen Spannung – schulpolitische Errungenschaften der Sowjetzone in den westlichen Besetzungszonen oft einfach nicht mehr zur Kenntnis zu nehmen gewillt ist. Bezeichnend für die Enttäuschung der Pädagogen der Ostzone darüber ist der Brief eines Lehrers aus Dresden, der von einer Interzonenkonferenz in München unter anderm folgendes feststellte: «Nicht einmal unsere Besoldungsstaffel, die gedruckt bei jedem Lehrer liegt, glaubte man uns in Bayern. Dafür ging es aber hart über unsere Lehrerentlassungen her. Die Skala der Beurteilungen schwankte von Irrsinn und Unvermögen bis zum Staunen, daß unsere Schule ‚trotzdem‘ arbeite. Unsere Anstrengungen sind gewaltig, die Ergebnisse zum Teil ausgezeichnet, sehr oft gut bis genügend und natürlich hier und da auch nicht ausreichend. Denen gegenüber, die uns einfach nicht glauben wollen, ist manches Mühen natürlich fruchtlos. Manches, aber nicht alles.»

H. K. (Hamburg).

Staatsbetriebe und Zwecksteuern

Erwiderung an H. R. Siegrist

H. R. Siegrist weist in seinem sehr interessanten und instruktiven Artikel «Ein Beitrag zur Lösung des Eisenbahnproblems» («RR» 1948, Nr. 11) mit Recht auf die Notwendigkeit hin, das Schuldkapital der SBB möglichst rasch zu tilgen, um die Möglichkeit zulänglicher Abschreibungen und Neuinvestitionen zu eröffnen. Die Überschuldung der SBB ist eine Nachwirkung der Verstaatlichung, die seinerzeit die Aktiven der übernommenen Bahnen viel zu hoch bewertete. Statt daß man das längst verlorene Kapital durch einen tiefen Schnitt beseitigte, schleppt man die Schuld seit Jahrzehnten mit und belastet die Enkel mit den Sünden der Großväter. Die interessierte Blindheit der kapitalistischen Kreise geht so weit, daß sie zurzeit den gleichen Fehler in noch viel größerem Maßstab befürworten, indem sie eine rasche Tilgung der Bundesschuld verhindern. Dabei weiß jeder der sachverständigen Bankdirektoren und Industrieunternehmer ganz genau, daß es in der Privatwirtschaft im Falle einer Überschuldung keinen ärgeren Fehler gibt als schlechtem Geld noch gutes nachzuwerfen. Aber der Öffentlichkeit sucht man einzureden, es bedeute eine Entlastung, wenn man die Tilgung möglichst lange hinauszögere. Als ob der Verlust der volkswirtschaftlichen Werte nicht schon in dem Moment eingetreten wäre, in dem die Privatbahn mit übermäßigem Kapitalaufwand oder die Festungslinie im Réduit gebaut worden ist! In Wahrheit bedeutet die Zahlung von Zinsen und Amortisationen für längst nicht mehr existierende Kapitalien nur eine Verschiebung innerhalb des Volkseinkommens zugunsten der Besitzer der Schuldverschreibungen. Abgesehen von dem volkswirtschaftlich unproduktiven Aufwand bei Auflegung, Verwaltung und Konvertierung der Schulden.

Wenn ich dabei im Prinzip mit Siegrist völlig einig bin, so möchte ich es doch nicht unterlassen, einige Bedenken gegen das von ihm vorgeschlagene Mittel vorzubringen, nämlich gegen die Verschmelzung der SBB und PTT zu einer finanziellen Einheit und die Verwendung der PTT-Überschüsse zur raschesten Tilgung des Schuldkapitals der SBB.